

JA zur 1:12 – Initiative - Für gerechte Löhne

Die Annahme der 1:12-Initiative wäre ein massiver Eingriff in die unternehmerische Freiheit von grossen Schweizer Unternehmen. Doch die Zunahme der durchschnittlichen Lohnbandbreite in diesen Unternehmen, von 1:13 im Jahre 1998 auf 1:93 im Jahre 2011, verlangt nach konsequenten und nachhaltigen Massnahmen. Bundesrat und Parlament haben es nicht für nötig gefunden, zu diesem bedeutenden Thema einen Gegenvorschlag vorzulegen. Wenn es die Wirtschaft nicht schafft, unsere seit vielen Jahrzehnten bewährten ethischen Grundsätze zu gerechten Löhnen sowie die nötige soziale Verantwortung sicher zu stellen, dann entscheidet das Stimmvolk.

Die vielen tausend Schweizer KMU sind von der 1:12-Initiative nicht betroffen, d.h. sie erfüllen schon heute das Anliegen, da in den KMU kaum ein Chef 12 Mal mehr verdient als seine Mitarbeitenden.

Gerechte Löhne wie sie die Initiative vorsieht, senken die Lohn- und die Produktkosten und können somit die Kaufkraft steigern. Dem Argument der Gegner, durch die tieferen Löhne würden die AHV-Beiträge jährlich um mehrere hundert Millionen Franken sinken, sei entgegen gehalten, dass in der Schweiz jährlich unversteuerte Schwarzarbeit im Wert von schätzungsweise 30 Milliarden Franken geleistet wird.

Herman Kiener, SP Cham, 10. Oktober 2013
Politischer Standpunkt, Zuger Presse vom 19. Oktober
2013